

BERUFSBILDUNG IN UNGARN HERAUSFORDERUNGEN UND PERSPEKTIVEN†

Ungarn, wie jedes Land in Ost-Europa, erlebte in der letzten Zeit große Veränderungen. Verglichen mit den Nachbarländern kann festgestellt werden, daß sich Ungarn an die neuen Rahmenbedingungen relativ gut angepaßt hat. Die Erklärung liegt darin, daß die "Keime der Marktwirtschaft" schon seit 1968 entstanden. Wichtigstes Merkmal ist eine gewisse Kontinuität. Die leitenden Mitarbeiter in wichtigen Institutionen haben sich schon in den 80er Jahren für den Wechsel vorbereitet.

Es ist schwer, über die jetzige Lage ein eindeutiges Bild zu geben. Alles ist sehr widersprüchlich. Die Industrieproduktion ist in den letzten 3 Jahren um die Hälfte zurückgefallen. Wir erleben eine relativ schnelle Inflation. Die Inflationsrate erreichte 1991 die 35% - Marke. Die Zahl der Arbeitslosen liegt Ende 1992 über 660.000, ihr Anteil unter den Beschäftigten über 12%.

Es gibt aber auch positive Entwicklungen. Ein Großteil der verlorenen Ostmärkte konnte in den EG-Ländern ersetzt werden. Die Privatisierung der staatlichen Betriebe wird langsam in Gang gesetzt. Der Rückfall der Produktion wurde 1992 langsamer, die Inflation geht zurück und die Zinsen, obwohl langsamer als erwartet, fallen. Die Ersparnisse der Bevölkerung haben sich in den letzten Jahren dynamisch erhöht. Diese könnten bei einem wirtschaftlichen Aufschwung als Basis für die Investitionen der kleineren Unternehmen und der Erhöhung der Nachfrage eine wichtige Rolle spielen. Es ist offensichtlich, daß Ungarn noch am Anfang eines Jahrzehntelangen Umbruchprozesses steht. Der Strukturwandel wird selbst nach der Stabilisierung der Märkte noch hunderttausende von Arbeitsplätzen vernichten.

Für die Berufsbildung haben die oben skizzierten Entwicklungen neue Rahmenbedingungen geschaffen, bzw. wichtige Rahmenbedingungen zerstört. Die Betriebe, die früher in der praktischen Ausbildung der Berufsschüler und Fachmittelschüler mitgewirkt haben, fangen an, ihre Ausbildungskapazitäten abzubauen. In den letzten zwei Jahren wurden 12% der betrieblichen Ausbildungsplätze in Lehrwerkstätten abgebaut und teils von den Schulträgern gekauft oder übernommen. Hier ist also eine Verschiebung in Richtung Schulen zu beobachten. Positiv ist demgegenüber, daß das Handwerk in der letzten Zeit seine Aktivitäten erhöhte und mehrere tausend neue Ausbildungsplätze schuf. Es ist zu erwarten, daß der Abbauprozess der Ausbildungsaktivitäten im Industriebereich in den kommenden Jahren weiter fortschreitet. Nur nach der endgültigen Klärung der Besitzverhältnisse und der Stabilisierung der Marktbeziehungen ist eine Konsolidierung möglich.

Der Umbruch in den politischen Systemen hat nicht nur die Machtstrukturen und die Ideologie, sondern auch die bisherigen Institutionen in Frage gestellt. Die Berufsbildung wurde als der Diener der stalinistischen Industriepolitik abgestempelt. In den verschiedenen politischen Programmen der neuen Parteien wurde eigentlich jede Institution der Berufsbildung angegriffen. Das Aktionsprogramm der Regierungspartei hat z.B. vorgeschlagen, die Fachmittelschule abzuschaffen und durch eine sechsklassige Fachschule zu ersetzen. Die traditionelle Berufsbildung wurde in diesem Papier gar nicht erwähnt. Eine Expertengruppe im Arbeitsministerium wollte die Facharbeiterausbildung abschaffen und durch 3 bis 18-monatige Kurse ersetzen...

† E dolgozat első változata fenti címen megjelent: DURCHBLICK, 1992/4 (HIBA, Heidelberg)



Wenn die Wirtschaft ihre Ausbildungsaktivitäten abbaut, wenn ein Großteil der Ausbildungsabgänger mit Facharbeiterbrief keine Stelle bekommt, wenn in den berufsbildungspolitischen Programmen verschiedener Parteien über die Abschaffung wichtiger Institutionen zu lesen ist, ist es berechtigt, von einer Legitimationskrise der Berufsbildung zu sprechen. Zur gleichen Zeit erlebt aber die ungarische berufliche Bildung die größte Expansion in der Geschichte. Im September 1991 saßen in den Berufsschulen, Fachmittelschulen und Fachschulen 405.000 Auszubildende und Schüler – die geburtsstarken Jahrgänge haben die Mittelstufe erreicht,

Neue Ansätze der Berufsbildungspolitik

Der erste Schritt nach der Wende war die Schaffung des institutionellen Rahmens für die Berufsbildungspolitik. In den 80er Jahren war die Berufsbildung dem Bildungsministerium und den fachlich zuständigen Branchenministerien unterstellt. 1990 entstand das Arbeitsministerium und das Nationalinstitut für Berufsbildung. Die beiden Einrichtungen koordinieren die Programme, die der Weiterentwicklung der Berufsbildung dienen.

Eine der wichtigsten Aufgaben ist die Vorbereitung eines neuen Berufsbildungsgesetzes. Nach dem heute gültigen Konzept soll der Status der Berufsschüler verändert werden. Sie sollen, wie in Deutschland, einen Ausbildungsvertrag mit dem ausbildenden Betrieb abschließen. Im Gesetz sollen weiterhin die Kompetenzen und Aufgaben der Behörden, der Schulträger, der ausbildenden Betriebe und Handwerker und der Auszubildenden neu definiert werden.

Das Berufsbildungsgesetz soll mit dem ebenfalls in der Vorbereitung stehenden Bildungsgesetz abgestimmt werden. Man geht davon aus, daß die Struktur des allgemeinbildenen Schulwesens in den kommenden Jahren verändert wird und die Schüler bis zu ihrem 16. Lebensjahr nach einem landeseinheitlichen, in jeder Schulform gültigen Kernlehrplan unterrichtet werden. Die Berufsschulen sollen dementsprechend umgestaltet werden: neben den beruflichen Qualifikationen sollen sie Allgemeinbildung vermitteln. Nach dem Abschluß dieser Phase sollen dann die Auszubildenden einen Ausbildungsvertrag abschließen. Es gibt auch Konzepte, die den deutschen Berufsfachschulen sehr ähnlich sind. Vieles ist aber noch unsicher.

Das andere wichtige Programm des Arbeitsministeriums ist das sogenannte Weltbankprojekt, das durch einen Kredit der Weltbank finanziert wird, in dem man neue Wege für die Modernisierung der Fachmittelschulen sucht und ihre Strukturen an die Rahmen des oben erwähnten Kernlehrplans anpassen möchte.

In den ersten beiden Ausbildungsjahren wird nach den Vorstellungen 15% der Unterrichtszeit für eine berufsfeldspezifische Vorbildung, im dritten und vierten Jahr 40% der Unterrichtszeit für eine berufsfeldspezifische Grundbildung verwendet. Es wurden 13 Berufsfelder festgelegt (Maschinentechnik, Rechentechnik, Bau, Landwirtschaft, Umweltschutz, Gastwirtschaft-Fremdenverkehr, Gesundheitswesen-humane Dienstleistungen, Elektronik, Chemie, Verkehr, Lebensmittelindustrie, Handel, Ökonomie). Nach dem Abschluß des vierten Unterrichtsjahres können die Fachmittelschüler ein Abitur ablegen und ein Studium anfangen oder in neuen Ausbildungsformen, zum Beispiel in Kursen, oder in ein bis zwei Jahre dauernden Vollzeitschulen eine berufliche Spezialisierung erreichen.

In den vergangenen vierzig Jahren war das Handwerk der am stärksten vernachlässigte Bereich der ungarischen Berufsbildung. Manche Splitterberufe wurden abgeschafft, mit industriellen Berufen zusammengeschmolzen oder in eine niedrigere Berufsklasse verschoben. Die Neubelebung und Modernisierung von Handwerksberufen ist also eine der ak-

tuellsten Aufgaben. Die Mitarbeiter des Nationalinstituts für Berufsbildung und die Vertreter von Handwerksorganisationen arbeiten gemeinsam an der Neuregelung von Lehrplänen und Unterlagen für einige verbreitete Berufe, wie z.B. KFZ-Mechaniker und Wasserinstallateur. Die Förderung der Ausbildungsaktivitäten im Handwerk ist eines der effektivsten Programme der ungarischen Berufsbildungspolitik. Das Handwerk und die Kleinunternehmen sind die Organisationen, die heute in Ungarn ihren Umsatz schnell erhöhen, in einer Zeit, wo bei Großunternehmen Stagnation oder Leistungsabbau vorherrscht.

Die berufliche Bildung von benachteiligten Jugendlichen

Im Juni 1991 – die Zahl der registrierten Arbeitslosen betrug zu diesem Zeitpunkt 185.000 – verließen 160.000 Jugendliche die verschiedenen Schulen in Ungarn. Von denen waren im Herbst cca. 20% als Arbeitslose registriert. (Stand 20. 12. 1991: 31.700 Personen). Unter den arbeitslos registrierten Schulabgängern waren die Unqualifizierten stark unterrepräsentiert, mit weniger als 2000 Meldungen. Daraus folgt, daß man eine Dunkelziffer von über 20.000 unregistrierten arbeitslosen Schulabgängern voraussetzen kann. Zur Zeit liegt die Zahl der registrierten Arbeitslosen über 660.000. In diesem Jahr verließen 170.000 Jugendliche das Bildungswesen. Wieviele von ihnen eine Beschäftigung finden, ist schwer zu schätzen.

Die Arbeitsmarktslage ist also heute für die Jugendlichen besonders ungünstig. Jede Gruppe ist eigentlich gefährdet, auch die relativ gut Qualifizierten. Die Abiturienten und die Absolventen von Fachmittelschulen oder Berufsschulen, wenn sie in ihren Berufen keine Beschäftigung finden, können aber eine Umschulung durchlaufen, und während dieser Zeit ihre Existenz durch eine Umschulungsbeihilfe sichern. Anders ist die Lage der Jugendlichen, die das Schulwesen ohne die oben aufgezählten Abschlüsse verlassen. Sie können auf dem heutigen Arbeitsmarkt als besonders Benachteiligte betrachtet werden.

Ihre wichtigsten Gruppen sind:

- lernbehinderete Jugendliche, die in die Sonderschule gehen,
- Jugendliche, die den Abschluß der achtklassigen Einheitsschule nicht erreicht haben (5–6% im Jahrgang),
- Jugendliche aus ethnischen Minderheiten, vor allem Zigeuner (7–8% im Jahrgang),
- Flüchtlinge, Einwanderer (aus Rumänien, aus Jugoslawien, aus der GUS),
- Jugendliche, die in Erziehungsheimen wohnen,
- Jugendliche, die in von hoher Arbeitslosigkeit betroffenen Krisenregionen wohnen,
- verhaltensgestörte, drogenabhängige, von Kriminalität betroffene Jugendliche,
- Ausbildungsabbrecher (15–17% im Jahrgang),
- Jugendliche, die aus verschiedenen Gründen – Mangel an Ausbildungsplätzen, Motivation, Verkehrsschwierigkeiten usw. – keine Ausbildung nach dem Abschluß der Einheitsschule aufnehmen (5–6% im Jahrgang).

Zwischen den oben aufgezählten Gruppen gibt es natürlich Überlappungen. Nach den vorhandenen Statistiken gilt etwas mehr als ein Viertel der Jahrgänge als benachteiligt, bzw. mehrfach benachteiligt aus der Sicht der Berufsbildung und Beschäftigung.

Davon sind:

- 5–6%: Jugendliche ohne Abschluß der Einheitsschule. Sie sind nicht berechtigt, eine Ausbildung im Regelsystem aufzunehmen.
- 5–6%: Jugendliche, mit Einheitsschulabschluß, die aber aus verschiedenen Gründen keine Berufsausbildung angefangen haben
- 15–17%: Ausbildungsabbrecher.



Die Merkmale dieser Gruppen sind mit den benachteiligten Gruppen in Deutschland oder in Westeuropa durchaus vergleichbar. Im Hintergrund stehen die gleichen Problemfelder: der Zerfall von Familien, die Unfähigkeit der allgemeinbildenden Schule, sich von den alten Mustern und Werten abzukoppeln und entsprechende Methoden für die von den gutbürgerlichen Modellen abweichenden Kinder zu finden, Verwissenschaftlichungstendenzen sogar selbst in der Elementarschule, ohne entsprechende Voraussetzungen, mangelnde Berufsvorbereitung, in den sozialen Randgruppen Arbeitslosigkeit, Alkohol, Kriminalität. Eine mehrfach benachteiligte Gruppe stellen die Zigeuner dar. Ihre Anzahl hat sich nach den Statistiken und sehr unsicheren Schätzungen in den letzten 20 Jahren teils durch illegale Zuwanderung aus Rumänien, teils durch ihr demographisches Verhalten von 300.000 in 1970 auf 700.000 bis 800.000 in 1990 erhöht. In den jetzigen geburtsstarken Jahrgängen ist die Gruppe der aus der Sicht der Berufsbildung und Beschäftigung benachteiligten Jugendlichen ungefähr 45.000 Personen groß. In dieser Gruppe steckt ein nicht bestimmbarer Anteil von Jugendlichen, die eigentlich "marktbeschädigt" sind. Die Mehrheit verfügt aber über die Merkmale, aufgrund derer sie Bedarf an einer speziellen Förderung hat.

Wenn wir für 45.000 Personen eine dreijährige vollwertige Ausbildung sichern möchten, brauchen wir 135.000 Ausbildungsplätze. Dies ist für ungarische Verhältnisse sehr viel, da wir selbst im Regelsystem der Facharbeiterausbildung nicht mehr als 200.000 Ausbildungsplätze haben. Die Alternative, daß wir für die Randgruppen ein "zweites Berufsbildungssystem" aufbauen, ist nicht vertretbar, erstens, weil die Wirtschaft bei der Ausbildung von Randgruppen wahrscheinlich kaum bereit ist, mitzuwirken, und wir deshalb gezwungen wären, zehn Milliarden in ein teures überbetriebliches System zu investieren, das trotz der hohen Kosten nicht effektiv arbeiten könnte, da wegen der in der Wirtschaft und Gesellschaft vorhandenen Vorurteilen hier zweitrangige Berufe und Beschäftigungschancen angeboten werden könnten, und weil hier die Möglichkeiten der Lehrlinge für das soziale Lernen begrenzt würden, zweitens weil in Ungarn keiner bereit ist, weder das Parlament noch die zuständigen Ministerien noch die Schulträger und Gemeinden, ein solches Vorhaben zu finanzieren. Der Versorgung der benachteiligten Jugendlichen mit Ausbildung kann nur eine Politik dienen, deren Prinzip nicht die Trennung, sondern die Integration der Betroffenen ist und sich auf verschiedene Maßnahmen stützt.

Die wichtigsten davon sind:

- die Verlängerung der Allgemeinbildung und die Intergration von Bausteinen der Berufsbildung in die Abschlußphase der Allgemeinbildung (In diese Richtung weisen manche Schulversuche und das Konzept des neuen Bildungsgesetzes);
- Berufsvorbereitungs- und Orientierungsprogramme, die mit ähnlichen deutschen Programmen vergleichbar sind (Gestartet im Herbst 1991 für mehrere tausend Schüler);
- Programme in der Berufsbildung für die Senkung der Versagerquote. (Abstimmung von Fachpraxis und Fachtheorie, zielgruppenspezifische Methoden und Modelle, Sozialpädagogik, ABM);
- Lokale Initiativen, alternative Formen, Verbindung von Ausbildung mit Produktion;
- Aktivierung von neuen Trägern. Schwerpunkt: Handwerk. Weiterbildung und pädagogische Kurse für Meister und Errichtung von überbetrieblichen Ausbildungsstätten.

Wenn wir die Randgruppen in das Regelsystem integrieren möchten, müssen wir sie fördern, damit sie den dort gesetzten Anforderungen entsprechen können. Wir müssen alles tun, um die Vorurteile gegen sie in der Gesellschaft und in der Wirtschaft abzubauen und wir müssen die Teilnehmer des Ausbildungsprozesses, die Mitarbeiter in der Berufsschule und in dem ausbildenden Betrieb mit pädagogischen Mitteln versorgen, die für die erfolgreiche Ausbildung der benachteiligten Jugendlichen notwendig sind.

Die Voraussetzungen für eine solche komplexe Bildungspolitik sind heute in Ungarn sehr ungünstig. "Wozu die Berufsbildung für Randgruppen" – fragen manche Skeptiker – "wenn selbst gut qualifizierte Facharbeiter und Techniker keine Arbeit kriegen. Die Berufsbildung ist das Vorzimmer für die Arbeitslosigkeit."

Noch problematischer ist ihre Abstimmung mit dem Konzept, nach dem in Ungarn jeder bis zu seinem sechzehnten Lebensjahr nach einem landeseinheitlichen Kernlehrplan unterrichtet werden soll und die Berufsbildung nur nach einer Abschlußprüfung angefangen werden kann. Und die Berufsbildung ist eigentlich die einfachere Seite des Problems, die Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten in der notwendigen Größenordnung ist nur durch eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik möglich.

Im Jahre 1991 und in der ersten Hälfte von 1992 konzentrierte sich die ungarische Bildungspolitik auf langfristige Großprojekte, auf das neue Bildungsgesetz, auf die Erarbeitung des Kernlehrplans, auf die Modernisierung der Fachmittelschule. Erst im Herbst 1992 wird die Jugendarbeitslosigkeit die Grenze erreichen, wo sie schon als zentrales Problem erkannt wird und die Aufmerksamkeit auf sich zieht.

Perspektiven für die berufliche Bildung und Beschäftigung von Randgruppen in Ungarn

Es ist nicht leicht zu beurteilen, ob es viel oder wenig ist, was in Ungarn in den letzten 2–3 Jahren für die berufliche Bildung von benachteiligten Jugendlichen getan wurde. Erste Projekte und Initiativen, hervorgegangen aus Sonderberufsschulen, Abendschulen und Jugendheimen, haben Beschäftigungs- und Ausbildungsangebote und Maßnahmen der Berufsvorbereitung aufgebaut und erprobt. Auch die Kulturhäuser und dörflichen Zentren, sowie die Kirchen entwickeln neue Angebote. Vor drei Jahren gab es in Ungarn eine Arbeitslosigkeit von 0,5%. Begriffe wie Jugendarbeitslosigkeit klangen da für ungarische Ohren so fremd wie die Hochzeitslieder der Marsbewohner.

Im Februar 1991 hat der zuständige Staatssekretär im Arbeitsministerium eine Arbeitsgruppe zusammengerufen, in die Vertreter der betroffenen Behörden und Institutionen eingeladen wurden, mit der Aufgabe, Programme für die unversorgten Jugendlichen zu entwickeln. Die Zeit bis September 1991 war sehr kurz. Es wurde letztlich ein Berufsvorbereitungsprogramm in elf Berufsgruppen zusammengestellt, im Bereich der Metalltechnik, Elektrotechnik, Holztechnik, Bautechnik, Papierherstellung- und -verarbeitung, Lederherstellung und -verarbeitung, im Bereich Textil und Bekleidung, Baustoffherstellung, Handel und Verkehr, Büro und Verwaltung und Landwirtschaft.

Das Programm hat drei Teile:

- Allgemeinbildung (Kommunikation, Rechnen, Grundlagen der Physik und Chemie, Geschichte, Sozialkunde, Gesundheitserziehung, Sport)
- Sozialpädagogischer Bereich
- Berufsorientierung

Im Herbst 1992 wird die Benachteiligtenproblematik zu einem der zentralen Themen der Berufsbildungspolitik werden. Die Erfahrungen und Ergebnisse der ungarischen Initiativen und die Impulse, Informationen und die Hilfe aus Deutschland können als Basis der Programmentwicklung und Problemlösung dienen.

Wir wissen, daß die Arbeit, die vor uns liegt, in Jahrzehnten gemessen wird, und vieles trotz aller Anstrengungen ungelöst bleibt, und daß die Berufsbildung und Beschäftigung nur zwei der vor uns stehenden Herausforderungen sind. Die Fragen sind nämlich komplizierter. Wie die Gesellschaft auf die durch die Verbreitung von neuen Infor-

mationstechniken und der Automatisierung und durch die Umweltzerstörung bestimmten Veränderungen in der Arbeitsteilung und dem Konsumverhalten reagiert, wird unsere Zukunft bestimmen. Wir sind aber fest davon überzeugt, daß eine vernünftige Berufsbildung für die benachteiligten Gruppen entscheidend dazu beiträgt, daß sie in diesem Geschehen nicht als Last der Gesellschaft, sondern als mitwirkende Akteure teilnehmen können.

Farkas Péter

MAGÁNISKOLÁK ALMANACHJA

magán és alapítványi

óvodák
elemi iskolák
középiskolák
szakmai iskolák
tanfolyamok
főiskolák

1993–1994

EDUCATIO KIADÓ
1395 Budapest, Pf. 427
Telefon: 129–7639

Az Educatio Kiadó és a Magyar Alapítványi, Egyesületi és Magánoktatási Intézmények Egyesülete megjelentette a Magániskolák Almanachját, ami az eddig megjelent kiadványok közül a legteljesebb és legrészletesebb információt nyújtja a fővárosi és vidéki magán oktatási intézményekről, az óvodáktól a felsőoktatásig.

128 oldalon, iskolatípusok szerint rendezve megtalálható az intézmények címjegyzéke, és közel 100 iskoláról részletes tájékoztató olvasható, amelyben szó esik az általános tudnivalókról, a pedagógiai elvekről, az intézmény "filozófiájáról", a tandíjról és egyéb költségekről, valamint a jelentkezési feltételekről.

Amennyiben kiadványunk felkeltette az Ön érdeklődését, kérjük, rendelje meg közvetlenül a kiadótól.

Egy kötet ára 240,-Ft, amely az ÁFA-t is tartalmazza. Legalább öt példány rendelése esetén 20, legalább tíz példány vásárlásakor 30% kedvezményt tudunk biztosítani, ha erre a hirdetésre hivatkozik. A postaköltség minden esetben a kiadót terheli.